

**Beitrag Kundgebung „Gesundheit ein Menschenrecht, Berlin,
20.03.2018**

Zugangsbarrieren zur Gesundheitsversorgung für EU Bürger aus beratender Perspektive

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung,

Ich arbeite in einem medizinischen Projekt in München, welches tagtäglich Zeuge aller hier dargestellten Zugangsbarrieren zur medizinischen Versorgung wird.

Alleine im letzten Jahr haben wir 822 Personen ohne oder mit eingeschränktem Krankenversicherungsschutz beraten und versorgt.

Leider können wir seit Projektbeginn nicht über eine positive Veränderung der Lage berichten, im Gegenteil: seit 2007 sind unsere Konsultationszahlen um das 6-fache angestiegen.

Situation EU Mitbürger

Ich möchte hier insbesondere die Gelegenheit nutzen um als Anwalt einer betroffenen, ausgegrenzten Gruppe zu reden. Sie selbst besitzen leider keine Lobby und Fürsprecher und werden von Politik, Medien und Öffentlichkeit nur zu oft übersehen. Es geht um EU Mitbürger, die in prekären Wohn- und Arbeitsverhältnissen sich befinden.

Hierbei spreche ich von Menschen, Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die in ausbeuterischen Verhältnissen beschäftigt sind; ich denke an diejenigen, die unsere Schulen und Kitas reinigen, die Grünanlagen pflegen, alte Häuser abreißen, und neue Bauen, damit unsere Wirtschaft weiterhin boomen kann...

ich berichte von Menschen, die trotz dieser wichtigen Rolle in unserer Gesellschaft keine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung haben.

Anstelle einer Wertschätzung für ihre Leistungen, werden sie sogar Opfer von Stigmatisierungen, entwürdigenden Behandlungen und Diskriminierungen.

Seit mehreren Jahren bilden in vielen unserer Projekte EU Mitbürger die Mehrheit der Klient*innen.

Dabei handelt es sich oft um Tagelöhner, denen ein Arbeitsvertrag und nicht selten die Entlohnung entbehrt wird;

es geht um Menschen, die körperlich so beeinträchtigt sind, dass sie außer Flaschensammeln keine Möglichkeit mehr haben, um zu überleben;

es geht aber auch um Großeltern, die auf die Enkelkinder aufpassen, weil die Eltern die ganze Woche durch, ohne jegliche Absicherung für einen Hungerlohn arbeiten müssen und auch die Kosten für Kitas nicht leisten können.

Barrieren

Mitgliedschaft in einer KK:

Viele Menschen, die dieser Gruppe angehören, sind von zahlreichen Barrieren beim Zugang zur Gesundheitsversorgung betroffen. Ohne einen bestehenden Arbeitsvertrag, die Beziehung von Sozialleistungen oder eine bestehende aktive europäische Krankenversicherung ist es nahezu unmöglich in eine deutsche Krankenkasse beizutreten.

EHIC:

Auch das bestehende europäische Krankenversicherungssystem ist mit vielen Problemen verbunden. EU Bürgerinnen aus strukturschwachen Regionen fehlen bereits in der Heimat, Kenntnisse über das europäische Gesundheitssystem. In der Heimat sind entsprechende Versicherungsnachweise nicht einfach zu bekommen und teilweise mit hohen Kosten verbunden.

Daneben sieht die europäische Versicherungskarte in der Regel nur eine Akut- und Notfallversorgung für eine begrenzte Zeit im Ausland vor; die Abrechnung ist kompliziert und viele medizinische Dienstleister kennen sich mit dem Thema nicht aus, weshalb oft die europäische Versichertenkarte nicht akzeptiert wird.

Auch können die Betroffenen aus sprachlichen Barrieren und Unkenntnis des Systems ihr Recht nicht durchsetzen.

Leistungsausschlussgesetz:

Vor allem sind diese Personen aber auch die medizinischen Hilfsprojekte in Deutschland seit Anfang 2017 von einer neuen gesetzlichen Regelung auf Bundesebene betroffen: dem sogenannten Leistungsausschlussgesetz.

Wir konnten im Projekt bisher u.a. folgende drastische Folgen des Gesetzes beobachten:

- Krankenhäuser nehmen entsprechende Personen nicht mehr auf, oder verlangen vorab Sicherheitsleistungen und entlassen Patienten häufiger ohne abgeschlossene Therapie;
- Patienten trauen sich aus Furcht vor hohen Rechnungen nicht mehr zu Behandlungen und geraten in lebensbedrohliche Situationen;
- und nicht zuletzt wird die gesamte Verantwortung für hilfebedürftige kranke Menschen auf die Schulter von ehrenamtlichen Medizinern und von spendenfinanzierten Hilfsprojekten gelegt.

In unserem Projekt haben wir aus nächster Nähe beobachtet, wie nach unnachvollziehbarem Ermessen von Behördenmitarbeitern ganze Familien mit Kindern auf die Straße gesetzt werden, weil ein Elternteil ungewollt seinen Arbeitsplatz verlor. In einem Fall endete, meiner Ansicht nach die Behördenwillkür in einer Familientragödie, worauf ich hier aus ethischen Gründen nicht näher eingehen möchte.

Für uns ist dieser Zustand ein ganz großer Skandal und einem Sozialstaat wie Deutschland, das gleichzeitig eine treibende Rolle und Musterfunktion innerhalb der EU besitzt, einfach nicht würdig.

Deshalb fordern wir die Niederreiung von Barrieren und den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Alle!

Ich danke für Ihre Geduld!

Dr. Cevat Kara, 20.03.2018